

Andreas G. Lämmel

- (A) men umrechnet, werden wir manchmal von China überholt. Wenn man es aber auf die Exportleistung pro Kopf der Bevölkerung umrechnet, dann sieht man: Deutschland ist eindeutig Exportweltmeister.

Dadurch sind wir aber auch von großen Absatzgebieten abhängig. Natürlich sind China und andere asiatische Länder ein großer Markt für deutsche Firmen. Wenn in China die Konjunktur schwächelt, dann schwächelt bei uns der Export. Wir müssen also neue Exportmärkte erschließen.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Erobern!)

Ich denke zum Beispiel an einen Kontinent, der in der wirtschaftlichen Debatte fast völlig vergessen wird: Afrika. Wir müssen uns in den nächsten Jahren verstärkt anstrengen, die wirtschaftlichen Märkte in Afrika zu erschließen. Ich weiß ganz genau, dass das nicht so einfach ist, dass das viel Mühe kostet und dass die Bedingungen in vielen afrikanischen Staaten nicht optimal sind. Aber letztendlich müssen wir versuchen, beim Außenhandel, bei der Außenwirtschaft zu diversifizieren, um nicht von einem Markt abhängig zu werden.

Ich komme noch auf das Thema TTIP. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses haben die Grünen und die Linken wieder eine Glanzvorstellung gegeben.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Na klar!)

- (B) Wir hatten heute früh vor der Debatte hier im Deutschen Bundestag ein Gespräch mit einem mittelständischen Unternehmer, der uns eindeutig klargemacht hat, wie er die Sache mit seinen Exporten in die USA sieht. Unser Kollege Ernst war mit auf der Reise nach Kanada. Auch von der SPD waren Kollegen dabei. Wir haben zusammen Firmen besucht. Dass Sie trotz allem und obwohl Sie wissen, dass dieses Freihandelsabkommen für den Mittelstand sehr wichtig ist, dass Sie also trotz besseren Wissens immer nur ihre Ideologie verkaufen, kann ich einfach nicht nachvollziehen.

(Zuruf der Abg. Katja Kipping [DIE LINKE])

Wir brauchen ein Freihandelsabkommen. Wir brauchen für beide großen Wirtschaftsräume, für die Vereinigten Staaten und für Europa,

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Das ist doch Ihre Klientel, die aufpasst, was Sie machen!)

die Annäherung von Standards und von Prüfverfahren, ganz einfach deshalb, um Export überhaupt zu ermöglichen.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Sie haben doch gerade gesagt: Wir sind Weltmeister!)

Reden Sie doch einmal mit deutschen Mittelständlern, warum sie ihre Exportchancen in den USA jetzt nicht nutzen. Das hängt genau an den Dingen, die jetzt im Rahmen von TTIP verhandelt werden.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Wir sind doch Weltmeister! Das ist doch super! Das haben Sie doch eben gesagt!)

Deswegen wollen wir, dass die Verhandlungen erfolgreich sind. (C)

Ein letzter Punkt zum Thema Außenwirtschaft. Ich meine die Sanktionen – darüber haben wir auch gestern im Ausschuss kurz diskutiert – gegen Russland.

Wir sind uns darüber klar: Solange von russischer Seite keinerlei Zeichen zu einer Entspannung in der Ukraine kommt, werden die Sanktionen beibehalten. Aber Sanktionen sind immer eine Einschränkung von freiem Handel. Auch wenn die Sanktionen gegen Russland für Gesamtdeutschland nicht so einschneidend sind: Ich komme aus Sachsen;

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Da wären wir jetzt nie drauf gekommen! Wir dachten, Sie kommen aus Österreich!)

da ist die Lage schon ganz anders.

Deswegen muss man, wenn man Sanktionen beschließt, auch immer bedenken, wie man wieder aus den Sanktionen herauskommt. Das ist für mich noch eine offene Frage, über die diskutiert werden muss. Auch die Verschärfung von Sanktionen erfordert eine Diskussion darüber, gegen wen die Sanktionen gerichtet sind, wer damit getroffen werden soll und wie man sie effizient anwenden kann.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Der Jahreswirtschaftsbericht zeigt die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft auf, und er zeigt eindeutig, dass die Bundesregierung mit ihrem Maßnahmenpaket auf einem hervorragenden Weg ist, um diese Entwicklung auch in Zukunft positiv zu begleiten. (D)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dirk Becker [SPD])

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Joachim Poß, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Joachim Poß (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man kann, ohne in Schwarzmalerei zu verfallen, feststellen, dass die Lage in Europa in dieser Woche komplizierter geworden ist, nicht weil wir das Wahlergebnis bedauerten; ich jedenfalls tue das nicht. Die Abwahl der beiden Parteien, die die Regierung gestellt haben, ist aus Sicht der griechischen Bevölkerung nachvollziehbar. Aber was uns dieses Wahlergebnis beschert hat, wirkt sich in verschiedene Richtungen aus – das sieht man ja auch in der Debatte über Sanktionen –, und das in einer Situation, in der die Europäische Union im Interesse der Arbeitslosen und insbesondere der jugendlichen Arbeitslosen eine größere Handlungsfähigkeit braucht, um mehr Investitionen und Strukturreformen in Bildung und Ausbildung und zugunsten einer funktionierenden Verwaltung durchzuführen; in einer Situation, in der wir vorangekommen sind und die neue Kommission die Aufgaben mit einem gewissen neuen Schwung

Joachim Poß

- (A) in Angriff nimmt. Wir führen die Diskussion auch auf europäischer Ebene – nicht nur in Griechenland –, um den Widerspruch zwischen Austerität, also einer übertriebenen Sparsamkeit, auf der einen Seite und Investitionen auf der anderen Seite aufzulösen.

Wir führen zurzeit diese Debatte. Europa braucht die Auflösung dieses Widerspruchs. Wir müssen im Interesse der europäischen Bürger an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen macht diese Komplikation so, wie sie sich derzeit abzeichnet, die Lage schwierig.

Es ist auch nicht in Ordnung, dass wir – nicht nur in Griechenland, auch in anderen europäischen Ländern erlebt man das – in eine Sündenbockfunktion gebracht werden: Deutschland, die EU oder die Troika.

(Michael Schlecht [DIE LINKE]: Sie sind ja Täter!)

Das ist kontraproduktiv. So ist zum Beispiel die Behauptung des neuen griechischen Finanzministers, dass die EU für den Klientelismus und die Vetternwirtschaft in Griechenland verantwortlich ist,

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Aber für die Sparmaßnahmen!)

schlicht absurd.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

- (B) Wenn man solche absurden Analysen trifft, dann kann man auch keine vernünftigen Schlussfolgerungen mit Blick auf das ziehen, was jetzt erforderlich ist. Auf der Grundlage solcher Analysen kann man keinen Staat, keine Gesellschaft und keine Wirtschaft aufbauen. Das heißt, linker und rechter Populismus helfen den oft verzweifelten Menschen in Griechenland oder auch anderswo in der Europäischen Union nicht.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Aber die Pasok auch nicht! Und andere gibt es ja nimmer!)

Unsere konkrete Antwort auf diese Situation ist: Wir reden nicht nur über Investitionen in Deutschland und Europa, sondern wir sorgen in den nächsten Monaten dafür, dass in Deutschland und Europa tatsächlich mehr investiert wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das ist unsere Antwort, und darauf kommt es an.

Im Übrigen sind wir keine Illusionisten. Nur so können wir auch der schwindenden politischen Akzeptanz, die die Europäische Union in der europäischen Bevölkerung hat, entgegenwirken. Denn wir sehen ja die Wahlergebnisse; ich denke dabei nicht nur an Griechenland, sondern auch an andere Trends.

Erfolge – zum Beispiel im Kampf gegen Steuerdumping, und zwar nicht nur in Luxemburg – brauchen wir in Europa aus Gerechtigkeitsgründen und aus finanziellen Gründen. Schließlich brauchen wir auch eine vernünftige Finanztransaktionssteuer.

Das sind drei wichtige Punkte, in denen sich die Kommission, das Europaparlament und auch die nationalen Parlamente, auch wir, beweisen müssen, indem sie sagen: Das ist unser europäisches Projekt; daran arbeiten wir, und wir erreichen Fortschritte. – Diese messbaren Fortschritte müssen wir in diesem Jahr schaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und zwar mit deutscher Unterstützung und einer breiten Mehrheit.

(Beifall bei der SPD)

Es muss in Deutschland auch verstanden werden: Die wirtschaftliche und die soziale Stabilität der Euro-Zone wird nur dann zu erreichen sein, wenn die Länder mit den größten Problemen wieder auf die Beine kommen. Das liegt in unserem ureigensten Interesse. Es ist gesunder Egoismus, wenn wir vielleicht mehr als bisher investieren, um für Stabilität in ganz Europa zu sorgen. Das versteht man hier in Deutschland noch nicht ausreichend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dazu gehört auch, dass wir in Europa und Deutschland erkennen müssen, dass wachsende Ungleichheit nicht nur ein soziales Problem ist, sondern zunehmend auch zum wirtschaftlichen Problem wird. Deshalb ist Verteilungsgerechtigkeit – Kollege Fuchs musste schon gehen; ich hatte ihm das angekündigt – auch für die wirtschaftliche Entwicklung wichtig; das gehört inzwischen zum Standardrepertoire der wichtigsten Ökonomen der Welt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist kein Gegensatz. Verteilungsgerechtigkeit ist auch für die ökonomische Entwicklung wichtig. In diesem Sinne wollen wir jedenfalls Europa gestalten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Bernd Westphal, SPD-Fraktion.

Bernd Westphal (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Minister Gabriel, für den Jahreswirtschaftsbericht 2015. Er gibt einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Situation und zeigt gleichzeitig die zukünftigen Handlungsfelder auf. Wir haben eine sehr gute ökonomische Situation in Deutschland. Das bestätigt die Richtigkeit der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen dieser Regierungskoalition. Grundlage dieser ökonomischen Stärke sind vor allem engagierte und hoch motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land. Es sind die Schicht- und Fabrikarbeiter, die Pflegekräfte, die Handwerker, die Ingenieure, die Techniker, die Meister, die Programmierer und viele andere, die mit ihrer Arbeit erst zu diesem Wohlstand beigetragen haben. Es sind aber auch mutige Unternehmer.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Thomas Lutze [DIE LINKE])